

Hermann, Wilhelm

Article — Digitized Version

Stellung der Steinkohle in der europäischen Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hermann, Wilhelm (1962) : Stellung der Steinkohle in der europäischen Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 1, pp. 21-26

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133183>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stellung der Steinkohle in der europäischen Energiepolitik

Wilhelm Hermann, Essen

Mit der Ausweitung zum größeren Europa verschieben sich die Wettbewerbsverhältnisse verschiedener Güter grundlegend. Es ist deshalb erforderlich, von Zeit zu Zeit die Wettbewerbssituation erneut zu überprüfen. Das ist besonders wichtig bei so lebensnotwendigen Rohstoffen, wie es die Energiestoffe sind. Denn die Bereitstellung ausreichender Energiestoffe ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft ausschlaggebend — ausschlaggebender als der absolute Wettbewerb, der ohnehin auf vielen Gebieten durchbrochen ist und bei einer großen Gemeinschaft, wie sie Europa und die Atlantische Gemeinschaft darstellen, nicht ohne Gefährdung lebenswichtiger Belange durchzuexerzieren ist. Die vorliegende Abhandlung beschäftigt sich deshalb erneut mit der Wettbewerbslage auf dem Gebiet der Steinkohle, das für die Montanunion und Großbritannien von besonderer Bedeutung ist und manche Parallelen zur Agrarpolitik aufweist.

Die schicksalhafte Bedeutung, die den Energieträgern in der modernen industriellen Wirtschaft zukommt, ist kürzlich von Dr. E. F. Schumacher, Wirtschaftsberater des National Coal Board (London), klar herausgestellt worden. Schumacher sagte auf einer Tagung der Europa-Union in Essen: „Mangelt es an Energie, so mangelt es an allem. Der technische Fortschritt kann u. U. alle einzelnen Wirtschaftsgüter überflüssig machen und durch etwas Neues verdrängen; nur die Energie kann er nicht überflüssig machen, denn er selbst beruht auf und lebt von dem immer höher gesteigerten Einsatz von Energie.“

DRINGLICHKEIT GEMEINSAMER ENERGIEPOLITIK

Ohne eine gemeinsame Energiepolitik ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit im freien Europa nicht denkbar. Der sich anbahnende Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstreicht die Dringlichkeit des Problems, das übrigens auch Hauptthema des Ersten Europäischen Steinkohlentages war, der im vergangenen Jahr in Turin durchgeführt wurde. Der Stellvertretende Generaldirektor der Charbonnages de France (und Präsident des Zentralausschusses des Studienausschusses des europäischen Kohlenbergbaus) wies gelegentlich dieser repräsentativen Veranstaltung, die im Rahmen einer internationalen Arbeitsausstellung aus Anlaß der Hundertjahrfeiern der nationalen Einigung Italiens durchgeführt wurde, darauf hin, daß der Kohlenbergbau Europas sich heute schwierigen und zum Teil neuartigen Problemen gegenübersehe:

Die Neuartigkeit liege nicht so sehr darin, daß der Bergbau mit einem starken Wettbewerb und Absatzschwierigkeiten zu kämpfen habe; der Bergbau habe im Laufe seiner langen Geschichte zahlreiche Krisen, und darunter sehr schwere, durchlebt. Neuartig sei vielmehr ein Moment, das sonst nicht gegeben war, heute jedoch eine entscheidende Rolle spiele. Es liege darin, daß die Probleme der Anpassung des Angebots an die Nachfrage, die früher im Rahmen der Volks-

wirtschaft der einzelnen Länder der Gemeinschaft gelöst werden mußten, sich heute, da der Druck des Wettbewerbs besonders stark geworden ist, auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft stellten. Während aber früher die Staaten über die nötigen Abwehrmittel geboten, solchen Krisen zu begegnen, sind infolge einer Verkettung historischer und juristischer Gegebenheiten die Europäischen Gemeinschaften nicht mit hinreichenden Aktionsmöglichkeiten ausgestattet, um die uns bedrohenden Schwierigkeiten rasch und durchgreifend zu beheben.

Ginge es nur darum, die Probleme zu lösen, die der Wettbewerb der Importe aus dritten Ländern mit sich bringt, so wäre die Lage, da der Montanunionsvertrag die Freiheit auf dem Gebiet der Handelspolitik den Staaten belassen hat, zwar schwierig, aber nicht unlösbar; in jedem Fall läßt der Vertrag Möglichkeiten für eine gewisse Anpassung an die Situation offen. Tatsächlich aber drängen in steigendem Umfang auf den Markt auch Erzeugnisse, die nicht unter den Montanunionsvertrag fallen, und hierin liegt der Grund dafür, daß der Bergbau sich sehr verwickelten wirtschaftlichen und politischen Problemen gegenübergestellt sieht: Es stehen sich widerstreitende Interessen der beteiligten Parteien gegenüber, zwischen denen bisher ein Weg zu einem echten Ausgleich noch nicht gefunden worden ist.

UBERANGEBOT AN ERDÖL

Heute besteht ein empfindliches Überangebot an einer der Energiequellen, die den Europäischen Markt versorgen, nämlich des Erdöls. Oft wird die Auffassung vertreten, daß der Überfluß nur zeitlichen Charakter trage. Immerhin könnte er lange genug dauern, um bei dem Hauptenergieträger der europäischen Wirtschaft, nämlich der heimischen Steinkohle, nicht wiedergutzumachenden Schaden anzurichten. Wie sich die seit mehr als drei Jahren währende Absatzkrise des westdeutschen Steinkohlenbergbaus bereits ausgewirkt hat, mag daraus sichtbar werden, daß die För-

derkapazität der Zechen von 1958 auf 1960 — also innerhalb von zwei Jahren — um mehr als 10 Mill. t zurückgegangen ist.

Selbstverständlich mußten die Zechen im Rahmen ihrer Selbsthilfemaßnahmen zur Meisterung der Absatzkrise nicht nur darauf bedacht sein, das Kohlenangebot zu senken, d. h. also die technisch mögliche Förderung zu drosseln, sondern das eigentliche Problem lag darin, zu einer Kostensenkung der Kohlenproduktion zu kommen, um die Wettbewerbsfähigkeit der festen Brennstoffe auf dem Energiemarkt zu steigern. Als wirksamste Maßnahme bot sich hier die Stilllegung permanent unwirtschaftlicher Schachtanlagen an. Seit 1957 sind im westdeutschen Steinkohlenbergbau 9 große und 4 kleinere Zechen stillgelegt worden. Acht weitere Anlagen sollen folgen; jedenfalls ist ihre Stilllegung bereits vorbereitet bzw. geplant.

Nimmt man die Stilllegung von Teilbetrieben, die sich aus der Zusammenlegung von 36 Zechen zu 18 Großschachtanlagen ergab, hinzu, dann errechnet sich eine Kapazitätseinschränkung von fast 13 Mill. t jährlich, und es erweist sich zwingend, daß Vorwürfe, der Bergbau habe die „negative“ Rationalisierung durch Stilllegung unrentabler Anlagen nicht mit der notwendigen Intensität betrieben, völlig fehl am Platze sind. Unter den im Zuge der Absatzkrise stillgelegten Zechen finden sich Namen, die in den Revieren einen guten Klang hatten. Es sollte auch ruhig einmal ausgesprochen werden, daß der Ruhrbergbau gezwungen war, Schachtanlagen stillzulegen, die hinsichtlich ihrer Leistung wesentlich besser dastanden als viele Zechen im Bereich der Montanunion, deren Schließung heute noch in keiner Weise zur Debatte steht.

ABSATZVERHÄLTNISSE DER KOHLE IM GRÖßEREN RAUM

Gerade auch im Hinblick auf den Beitritt Großbritanniens zur EWG und die hierdurch zu erwartende bedeutende Ausweitung des Gemeinsamen Marktes müßte dem europäischen Gesichtspunkt des durch die Notwendigkeit der Anpassung an die veränderten Absatzverhältnisse der Kohle gegebenen Problems in viel stärkerem Maße Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der staatliche, straff organisierte Steinkohlenbergbau Großbritanniens fördert nicht nur nahezu ebenso viel Kohle wie die Bergbauländer der Montanunion zusammen, er hat darüber hinaus in den letzten Jahren ein Rationalisierungsprogramm durchgeführt, das die Förderung geradezu radikal auf moderne Anlagen konzentriert. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß dem kontinentalen Bergbau zusätzlich schwer zu bewältigende Aufgaben durch die Konkurrenz der englischen Kohle erwachsen werden.

Die britische Exportoffensive auf dem europäischen Kohlenmarkt (und die Zugeständnisse, die Großbritannien bezüglich des Kohlenfreikontingents auf Grund des bestehenden Assoziationsvertrages bereits ge-

macht wurden) hat deutlich gemacht, welchen Einfluß das National Coal Board bei einem Anschluß Englands an den Festlandmarkt gewinnen würde.

Jedenfalls ist es an der Zeit, daß die amtlichen Stellen, die sich die Lösung der Schwierigkeiten um den Bergbau bzw. der deutschen und kontinental-europäischen Kohlenkrise im wesentlichen von einer intensiv betriebenen weiteren „Anpassung“ (lies: Schrumpfung) insbesondere des größten Kohlenproduzenten der Montanunion, des Ruhrbergbaus, erhoffen, das Problem auch einmal unter diesem Aspekt betrachten. Der britische Steinkohlenbergbau hat in den vergangenen Jahren ja nicht nur pro Tonne Jahresförderung weit mehr investieren können als der Ruhrbergbau; vor allem darf hierbei nicht übersehen werden, daß angesichts der wesentlich günstigeren natürlichen Gegebenheiten (niedrigere Teufe, geringe Störungen, höhere Flözmächtigkeiten) im britischen Bergbau eine Investitionseinheit erheblich mehr Effekt erzielt als im Ruhrbergbau.

Natürlich kann heute von einem gemeinsamen europäischen Markt noch keine Rede sein. Noch ist die Hohe Behörde befugt und in der Lage, den freien Warenverkehr durch vorhandene Regelungen oder durch gegebenenfalls zu treffende Bestimmungen einzuschränken. Dieser Tatbestand erschwert die Beurteilung der Wettbewerbsstellung der Kohlenreviere der Gemeinschaft ungemein, und auch hieraus resultiert ein großer Teil der Schwierigkeiten, die sich für die deutsche Kohle mit dem Heraufkommen der Krise verstärkt ergeben haben. Insgesamt kann nicht übersehen werden, daß die nachhaltige Lösung der Absatzkrise und damit die endgültige Gesundung des Kohlenbergbaus nur im europäischen Rahmen möglich ist — wenn immer der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas bejaht werden soll, was als der Diskussion entzogen gelten muß, weil es sich hier um eine Lebensfrage des Kontinents handelt.

VOLLMCHANISIERUNG DES ABBAUS

Die Rationalisierungsbemühungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus kommen besonders deutlich in den Erfolgen zum Ausdruck, die hinsichtlich der Mechanisierung in den Abbaubetrieben erzielt werden konnten. Der Anteil der Förderung aus voll- und teilmechanisierten Gewinnungsbetrieben liegt heute bereits über 60 %; er wird weiter steigen. Die Zahl der Abbaubetriebspunkte konnte von Januar 1958 bis März 1961 um etwa 35 % vermindert werden; gleichzeitig steigerte sich die Förderleistung je Abbaubetriebspunkt um nahezu 60 %. Hier findet insbesondere der Fortschritt in der Vollmechanisierung seinen Niederschlag. Rund 350 Abbaubetriebspunkte des westdeutschen Steinkohlenbergbaus arbeiten heute mit Hilfe vollmechanisierter Methoden. Die Schichtleistung je Mann unter Tage — ein Wert, dessen Entwicklung in den Jahren der Kohlenknappheit das geradezu faszinierte Interesse der mit wirtschaftlichen

Fragen befaßten Öffentlichkeit galt — hat den Vorkriegshöchststand längst überschritten. Das Faktum, daß die Produktivitätssteigerung im Bergbau seit langem in Zuwachsraten erfolgt, die die Höhe der durchschnittlichen Steigerung in der gesamten Industrie erreicht, wird ohne Zweifel viel zu wenig gewürdigt.

Aus den Beobachtungen der Vergangenheit hatte sich im allgemeinen die Vorstellung gebildet, daß der Bergbau gewissermaßen aus naturgegebener Bestimmung mit der allgemeinen Produktivitätsentwicklung der Volkswirtschaft nicht Schritt halten könne. Die Produktivitätszunahme der Industrie im Bundesgebiet (ohne Saarland) betrug im Jahre 1960 gegenüber 1959 etwa 7,5 %; die Steigerungsrate der Leistung im Steinkohlenbergbau lag im Jahre 1960 gegenüber dem Vorjahr bei 9,5 %. Von 1958 auf 1960 errechnet sich für den westdeutschen Kohlenbergbau gar ein Produktivitätszuwachs von mehr als 16 %. Es bedarf keiner Frage, daß die Leistungssteigerung der letzten Jahre z. T. durch die Stilllegung ganzer Zechen bewirkt wurde. Die Bemühung geht aber eindeutig dahin, den weiteren Produktivitätsanstieg durch eine Forcierung positiver Rationalisierungsmaßnahmen (Mechanisierung) herbeizuführen.

SICHERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Der Bergbau selbst vertritt den Standpunkt, daß ein weiterer Rückgang der Förderkapazität unvereinbar ist mit der Gewähr für eine gesicherte Energieversorgung der Wirtschaft. Gewiß ist der Gedanke der Sicherheit der Energieversorgung in der Bundesrepublik längst noch nicht Allgemeingut. Soweit die Ursachen hierfür in psychologischem Bereich liegen, entzieht sich das Problem gewiß jeglicher Diskussion. Andererseits zwingt doch das Beispiel großer Industriestaaten zur Nachdenklichkeit. Die USA schützen ihre heimische Energieproduktion, dasselbe gilt für Großbritannien und Frankreich, ganz zu schweigen von den Ländern des Ostblocks, wo die Aufrechterhaltung und Ausweitung der eigenen Energieerzeugungskapazitäten zum unverrückbaren Programm der Staatswirtschaft gehören.

Immerhin sind die Anzeichen dafür kaum zu übersehen, daß die deutsche Wirtschaftspolitik dem Prinzip der gesicherten Energieversorgung ihr Augenmerk zuzuwenden beginnt. Dabei ist freilich unbestritten, daß diese Versorgungssicherheit gepaart sein muß mit einer optimal erreichbaren Preiswürdigkeit der verwendeten Energiearten. Obenan aber sollte doch — viel mehr als in der jüngsten Vergangenheit — der Gedanke stehen, daß Preiswürdigkeit nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie über einen langen Zeitraum hinweg gegeben ist. Eine solche Langfristigkeit setzt in einem Land mit einem großen und ständig steigenden Energiebedarf eine leistungsfähige eigene Energieproduktion voraus. Diese eigene Energieerzeugungskapazität um eines augenblicklich vielleicht gegeb-

nen Preisvorteils willen über ein bestimmtes Maß hinaus einzuschränken, heißt die Versorgungssicherheit schon bei geringfügigen Störungen in Frage zu stellen. Denn natürlicherweise ist der Teil der Energieversorgung stets in besonderem Maße gefährdet, der auf der Einfuhr beruht. Je größer der Anteil der Einfuhrenergien an der Gesamtversorgung aber ist, um so geringer ist die wirkliche Sicherheit.

Diese Feststellung hat mit autarkischen Erwägungen gar nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, um so mehr als im modernen rationalisierten, mechanisierten und automatisierten Gefüge der Wirtschaft der ungestörte Energiefluß unabdingbar ist. Überspitzt formuliert würde man sagen können: Die Industrie könnte selbst bei einem zeitweiligen Ausfall der Rohstofflieferungen mit Hilfe der vorhandenen Vorräte noch weiter produzieren, wenn sich die Energieversorgung möglichst ungestört vollzieht. Die Produktion müßte aber schlagartig zum Erliegen kommen, sofern der größte Teil der Energieversorgung auf Importen basiert und eine, wenn auch nur vorübergehende Stockung in den Zufuhren eintritt. Keine hochentwickelte industrielle Wirtschaft könnte es sich erlauben, ein reiches Rohenergievorkommen ungenutzt oder gar eine bereits vorhandene leistungsfähige Rohenergieerzeugung verkümmern zu lassen.

Zu der Auffassung, die in Wirtschaftskreisen immer wieder zu hören ist, die aus dem hemmungslosen Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt entstandenen Schwierigkeiten ließen sich durch erhöhte Anstrengungen des Kohlenbergbaus beheben, mag das Urteil interessieren, das Jean Couture auf dem Ersten Europäischen Steinkohlentag zu diesem Fragenkomplex abgab. Der Stellvertretende Generaldirektor der Charbonnages de France sagte: „Der Kohlenbergbau hat bereits beachtliche Anstrengungen unternommen, und er ist durchaus nicht, wie manche Leute glauben, eine Industrie der Vergangenheit, sondern unsere Zechen werden ganz im Gegenteil so fortschrittlich wie nur möglich geführt. Eine Grube von 1961 weist kaum noch Ähnlichkeit mit einer Grube von 1930 auf, und man darf gewiß sein, daß ein Bergwerk von 1980 ganz anders aussehen wird als eines von heute.“

Auf jeden Fall ist der europäische Bergbau entschlossen, seine Produktivität weiter nach besten Kräften zu steigern, vor allem durch eine immer umfassendere Mechanisierung sämtlicher Arbeitsvorgänge in Gewinnung und Förderung bis zur vollständigen Automatisierung des Betriebes.

Aber wenn auch der Steinkohlenbergbau imstande ist, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und, sofern die Dinge im übrigen unverändert bleiben, die schon heute geringen Kosten des Einsatzes der Steinkohle in wirklich modernen Anlagen für ihren Verbrauch noch weiter zu senken, so muß andererseits

gesagt werden, daß der Kohlenbergbau bei der verhältnismäßig geringen Elastizität seiner eigenen Produktionskosten nur dann gegenüber einigen anderen Energiequellen voll wettbewerbsfähig werden kann, wenn dieser Wettbewerb mit gleichen Waffen ausgetragen wird. Leider müssen wir feststellen, daß diese Vorbedingungen zur Zeit nicht erfüllt sind, und zwar aus zahlreichen Gründen.

UNGLEICHER WETTBEWERB

Zunächst ist es eine Tatsache, daß der Steinkohlenbergbau lange Zeit als ein öffentlicher Dienst betrachtet und behandelt wurde: In Zeiten der Hochkonjunktur, die er zur Bildung von Reserven hätte ausnutzen können — was seinen Konkurrenten in einem erheblichen Ausmaß zu tun möglich war —, wurden dem Kohlenpreis Grenzen gesetzt, und dies wirkte sich für den Bergbau als ein schweres finanzielles Handikap aus.

Sodann unterwirft der Montanunionsvertrag die Kohle der Gemeinschaft einer Reihe von Bindungen hinsichtlich der Preise und Verkaufsbedingungen. Sie beruhen auf dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung, nach dem es nicht statthaft ist, verschiedenen Käufern gegenüber, die sich in vergleichbarer Lage befinden, unterschiedliche Preise anzuwenden. Wir verstehen durchaus die Rechtmäßigkeit dieses im Interesse der Verbraucher eingeführten Prinzips. Weniger jedoch können wir verstehen, daß man es bis heute abgelehnt hat, die Konkurrenten der Kohle auf dem Energiemarkt dem gleichen Prinzip zu unterwerfen. Nach unserer Meinung genügt es nicht, wenn man zur Rechtfertigung dieser Weigerung erklärt — wie es unlängst nach einer von einer großen Erdölgesellschaft veranstalteten Aussprache in der Fachpresse zu lesen war —, das Prinzip der Nichtdiskriminierung und die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Preislisten sei *contrary to the interests of the company*. Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Behandlung liegt darin, daß die Konkurrenten der europäischen Kohle keiner der Beschränkungen unterworfen sind, die man dem Kohlenbergbau auferlegt hat; sie können daher auf Märkten, die sie unbestritten beherrschen, hohe Preise fordern, während sie dort, wo der Markt erst erobert werden soll, mit Verlust verkaufen. Der weltumspannende Charakter einiger der großen mit der Kohle konkurrierenden Unternehmen macht es ihnen leicht, diese Möglichkeit auszunutzen.

Schließlich ist festzustellen, daß einige der Länder des Ostblocks in einer Zielsetzung, die nicht klar ausgesprochen wird, die aber unverkennbar politischen Charakter trägt, bedenkenlos die Preise der Konkurrenz systematisch unterbieten.

Diese verschiedenen Praktiken führen zu Situationen, wie beispielsweise in Deutschland, wo bestimmte Erdölprodukte zu Preisen verkauft werden, die 30 bis 40 % unter dem Weltmarktniveau liegen. Niemand

kann verkennen, daß ein Wettbewerb in solchen Formen Probleme aufwirft, die sich mit normalen Mitteln des Marktes schwerlich lösen lassen.

Auch darf nicht verkannt werden, daß der Kohlenbergbau infolge der besonderen Eigenart der bergmännischen Arbeit nach und nach im Rahmen eines besonderen Systems der sozialen Sicherheit erheblich schwerere Soziallasten als andere Industriezweige übernehmen mußte. Berechnet man die Höhe dieser Belastung auf die Tonne Förderung, so werden sie mit einer Schrumpfung der geförderten Mengen noch drückender, besonders dann, wenn durch Verdrängung der Kohle auf verschiedenen Sektoren des Verbrauchs ein Teil der bergmännischen Belegschaften vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden muß. Es ist klar, daß eine solche Maßnahme zu einer Erhöhung der Belastung durch Altersrenten führen muß, die zusätzlich zu den bereits vom Bergbau zu tragenden Soziallasten hinzukommen. Auch hierdurch werden die Wettbewerbsbedingungen zum Nachteil der europäischen Kohle verschoben. Wäre es nicht logisch, eine gleichmäßigere Verteilung dieser Lasten anzustreben?

Bei richtiger Würdigung der Tatsachen und Gegebenheiten werde man schwerlich annehmen können, die gegenwärtigen Probleme auf dem Energiemarkt ließen sich einseitig durch eine noch weitergehende Stilllegung von Lagerstättenteilen lösen. Couture sagte abschließend: „Nicht in der Schließung einer weiteren Reihe von Gruben, die man nach der gegenwärtigen Konjunktur als Marginalzechen bezeichnen könnte, liegt die Möglichkeit einer besseren Lösung des Problems der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Energiequellen. Denn das steht fest: Sind die unter normalen Verhältnissen wenig rentablen Betriebe ausgeschaltet — und dieser Prozeß ist in vollem Gange —, so läßt sich keine weitere nennenswerte Senkung der Gestehungskosten erwarten; die fortbestehenden Lasten liegen höher als die Ersparnisse, die man durch eine weitere Einschränkung der Förderung erzielen kann.“

Ferner muß man sich darüber im klaren sein, daß keine Zeche, selbst die rentabelste, auf die Dauer den Formen des Wettbewerbs zu widerstehen vermag, die die weltweite Erdölkrise heraufbeschworen hat. Läßt man sie sich ungehemmt auswirken, so beschleunigt man den Zerfall des europäischen Steinkohlenbergbaus, der die Grundlage eines erheblichen Teils der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinschaft darstellt.

Uns scheint, daß man nicht hinreichend sämtliche Folgen einer derartigen Zerstörung des Bergbaus durchdacht hat. Alles, was man bisher über die tatsächlichen Umstellungskosten der von der Krise betroffenen Bergbaugebiete gesagt hat, bleibt hinter der Wirklichkeit weit zurück. Das Problem beschränkt sich durchaus nicht auf die Unterbringung vieler Tausender von Bergarbeitern in anderen Industriezweigen. Mit in Rechnung zu stellen sind die Verluste von

Arbeitsplätzen in einer ganzen Reihe der mit dem Bergbau zusammenhängenden Tätigkeitszweige. Und wenn man die Dinge aus der Nähe betrachtet, so erkennt man, daß das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht ganzer Gebiete erschüttert wird, wenn die Schließung von Zechen über ein gewisses Ausmaß hinausgeht. Unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet, scheint uns ferner, daß man ebensowenig mit ausreichendem Vorstellungsvermögen und ausreichender Deutlichkeit die Folgen ins Auge gefaßt hat, die unausbleiblich sind, wenn Europa sich in vollem Umfang in die Abhängigkeit fremder Energielieferanten begibt.“

AUFGABEN EINER EINHEITLICHEN ENERGIEPOLITIK

Der bekannte Energiefachmann gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es an der Zeit sei, eine einheitliche Energiepolitik für die Europäische Gemeinschaft festzulegen. Dies sei die Aufgabe der nationalen und übernationalen Gewalten. „Die Erfahrung hat gezeigt, daß auf diesem Gebiet die optimalen wirtschaftlichen Lösungen nicht oder allenfalls nur für sehr kurze Fristen gefunden werden können, wenn man den Markt sich selbst überläßt, d. h. ausschließlich der Wahl des Einzelverbrauchers. Gerade auf dem Feld der Energie aber sind langfristige Faktoren bestimmend, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist die regelmäßige Energieversorgung für die Gesamtheit der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Landes oder einer Gemeinschaft von Ländern von lebenswichtiger Bedeutung; zweitens ist der Weltenergiemarkt kein wirklich freier Markt, sondern er unterliegt dem Einfluß politischer Faktoren.

Daher glauben wir, daß nur die öffentlichen Gewalten imstande sind, eine Wahl zu treffen, ausgehend von Überlegungen auf lange Sicht. Sie müssen eine klare Entscheidung fällen, nach gründlicher Prüfung sämtlicher Folgen der Wahl, vor die sie gestellt sind: entweder fortzufahren im systematischen Abbau des europäischen Steinkohlenbergbaus mit allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen oder aber dieser Schrumpfung Einhalt zu gebieten, solange die weltumspannende Erdölkrise andauert. Dabei handelt es sich — das sei besonders herausgestellt — nicht etwa um Schutzmaßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus, sondern um das Interesse der Verbraucher auf mittlere und lange Sicht und letztlich um das Interesse der Allgemeinheit.

Die Rolle, die uns als Vertretern der Industrie obliegt, beschränkt sich hier und heute darauf, den öffentlichen Gewalten das Problem vor Augen zu führen und es technisch und wirtschaftlich zu analysieren. Hinzufügen dürfen wir wohl, daß es beim Bemühen um eine Lösung nicht notwendig und auch nicht richtig wäre, die Interessen der einen voll und ganz dem Nutzen der anderen zu opfern. Besteht das Wesen einer Gemeinschaft nicht vielmehr im Verständnis für die verschiedenen Gesichtspunkte der einzelnen und im Auffinden eines Mittelweges?

Wir halten eine solche Lösung für durchaus möglich! Betrachtet man die Dinge auf lange Sicht, so besteht aller Grund zu der Annahme, daß der Energiebedarf in einem bisher noch nicht bekannten Tempo weiter steigen wird, so daß alle Energiequellen, die bereits vorhandenen wie die noch zu entdeckenden, eines Tages für die Versorgung unserer Länder notwendig sein werden. Bestätigen sich die zu beobachtenden Tendenzen in der Bevölkerungsbewegung, so ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerung des Erdballs, die heute 2,8 Mrd. Menschen zählt, im Jahre 2000, d. h. in weniger als 40 Jahren, 6 Mrd. betragen wird. Hinzu kommt noch, erhebliche Zeit vor dem genannten Zeitpunkt, die gebieterische Notwendigkeit, den Lebensstandard, das bedeutet das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung, in einer großen Anzahl der bisher weniger entwickelten Länder zu heben. Könnte man sich wirklich vorstellen, daß diese beiden expansiven Momente nicht schon in den nächsten Jahrzehnten zu erheblich anderen Größenordnungen im Energiebedarf der Welt führen werden? Und kann man heute darauf rechnen, daß die Atomenergie allein imstande wäre, diesen gewaltigen Bedarf zu decken?

Wenn wir ernsthaft mit einer solchen Entwicklung zu rechnen haben, sollte man dann nicht schon heute auf Mittel und Wege sinnen, einmalige Energiereserven rationell zu verwerten, statt sie weiterhin zu vergeuden, wie dies zur Zeit vor allem in Europa geschieht, nicht nur mit der Steinkohle, sondern auch in anderer Form mit flüssigen Brennstoffen? Und sollte es nicht möglich sein, mit ein wenig Phantasie Lösungen zu finden, die den menschlichen, geographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der einzelnen Gebiete der Gemeinschaft besser Rechnung tragen?“

SONDERSTELLUNG DER ENERGIEWIRTSCHAFT

Diesen Gedankengängen ist nur wenig hinzuzufügen. Energie ist kein Wirtschaftsgut wie jedes andere, das irgendwie ersetzt werden könnte. Ohne ausreichende Energiemengen gäbe es keine Wirtschaftsgüter. Ohne eine ausreichende und gesicherte Energieversorgung ist unsere moderne Zivilisation undenkbar. Insbesondere für Europa stellt sich das Energieproblem mit seiner ganzen Eindringlichkeit. Es kommt noch hinzu, daß Rohenergie nicht etwa — wie alle anderen Wirtschaftsgüter — produziert werden kann: Die Menschheit lebt in bezug auf ihre Energieversorgung von Rohstoffen, die die Natur bereithält. Die uns heute bekannten natürlichen Energievorräte sind weder in ihrer Gesamtheit unerschöpflich, noch können sie irgendwie vermehrt werden. Hinsichtlich des Verbrauchs der Rohenergien lebt der Mensch von der Substanz. Er lebt von einem Kapital, das auf der Erde zwar in gewaltigen Größenordnungen zur Verfügung steht, das aber eines fernen Tages aufgezehrt sein wird.

Wenn wir dies bedenken und weiter berücksichtigen, daß die einzelnen Energieträger in außerordentlich

unterschiedlichen Mengen in ihren natürlichen Lagerstätten anstehen, wenn man ferner in Erwägung zieht, daß Europa im wesentlichen nur über eine einzige Energieart in bemerkenswertem Umfang verfügt—nämlich über die Kohle—, dann ergibt sich schon allein aus der Überlegung, daß die gesamten Weltvorräte an Erdöl im Vergleich zur Kohle verschwindend gering sind, eine logische Konsequenz: Wir können es uns nicht erlauben, unter dem Eindruck einer augenblicklichen Ölschwemme den Kohlenbergbau zu vernachlässigen mit dem Resultat, daß vielleicht morgen schon die Rohenergie ebenfalls nicht mehr in ausreichenden Mengen gefördert werden kann — weil die Voraussetzungen für die Produktion dieser Grundindustrie zerstört oder zumindest stark vernachlässigt worden sind. Eine Produktion, die sich in einer Teufe von 400, 600, 800 oder 1000 m vollzieht, ist mit einer Fertigung über Tage, wie sie in allen anderen Wirtschaftszweigen üblich ist, nun einmal nicht vergleichbar. Der moderne Steinkohlenbergbau kann nicht heute — um einige greifbare Zahlen zu nennen — 500 000 t Kohle fördern, morgen vielleicht 300 000 t, um dann übermorgen 600 000 t herauszubringen. Das hier auf drei Tage zusammengedrängte Beispiel will besagen: Ist die Produktion im Steinkohlenbergbau

erst einmal auf ein bestimmtes Maß heruntergefahren, sind in größerem Umfang Zechen stillgelegt worden, dann sind die unabdingbaren Voraussetzungen nicht mehr gegeben, kurzfristig wieder eine Höchstproduktion zu erbringen.

Das Beispiel des englischen verstaatlichten Bergbaus möge den hier skizzierten Gedankengang unterstreichen. Es hat einer ungeheuren Anstrengung von mehr als 12 Jahren bedurft, um die Produktion der britischen Zechen von 185 Mill. t jährlich auf nahezu 230 Mill. t zu steigern. Inzwischen mußte die Produktion des englischen Kohlenbergbaus unter dem Eindruck der Krise wieder auf den 1945 gegebenen Ausgangspunkt zurückgefahren werden. Die Experten aber fragen sich heute bereits, wie lange es dauern würde, wenn eines Tages wieder einmal die Höchstleistung von der englischen Kohle verlangt werden müßte. Dieser Tag kann sehr schnell kommen. Es steht fest, daß dann sofort wieder die Energielücke sichtbar wäre, die in Wirklichkeit in Europa schon seit Jahrzehnten vorhanden ist, was sich nicht zuletzt daraus ergibt, daß sich Westeuropa, diese Zusammenballung hochindustrialisierter Staaten auf engem Raum, längst vom Energieexporteur zum Energiegroßimporteur gewandelt hat.